

Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt



und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennstr. 29/31. Fernruf 88
Postfachkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/2 jährlich 2,40 M., bei Postbezug 2,40 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: m. „Aus großer Zeit“ 45 Pf. mehr. Preis der 1. Pf. Kleinzeile f. Stadt u. Landkreis Herford, Deynhäusen u. Uml. Rehme 20 Pf. sonst 30 Pf. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger f. Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 145

Herford, Montag, den 24. Juni

1918

Bericht des Hauptquartiers.

M.B. Großes Hauptquartier, 22. Juni.

Weslicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Arras und Albert dauerten die heftigen Teilvorstöße des Feindes gestern bis zum Morgen an. Sie endeten mit vollem Misserfolg für den Gegner. Beiderseits der Scarpe, bei Boiry, Becquerre, Hebuterne, Hamel und im Walde von Abellu wurden starke englische Abteilungen, teilweise im erbitterten Nahkampf, zurückgeschlagen. Auch an der übrigen Front trieb der Engländer mehrfach vergebliche Erkundungen vor. Bei Abwehr des Feindes und bei eigenen Vorstößen südlich der Somme machten wir Gefangene.

Feindliche Fliegerangriffe auf Brügge fügten der Verhärterung Verluste zu.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südwestlich von Rohon wiederholte der Feind mit mehreren Abteilungen seine vergeblichen Angriffe. Südlich von Bantelcourt, zwischen Dife und Marne lebhafteste Tätigkeit des Feindes. Mehrfach angelegte Erkundungsvorstöße der Franzosen blieben erfolglos. Teilangriffe der Franzosen und der Amerikaner nordwestlich von Chateau Thierry wurden sämtlich abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

M.B. Berlin, 22. Juni. Von den Kampfzonen nichts Neues.

M.B. Großes Hauptquartier, 23. Juni.

Weslicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Beiderseits der Somme hielt die rege Tätigkeit des Feindes an. Ein nächtlicher Angriff der Engländer bei Bantelcourt zwischen Arras und Somme brach in unserem Feuer zusammen.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Französische Teilangriffe südlich von Rechy wurden abgewiesen. Südwestlich von Reims machten wir in kurzem Infanteriegefecht mit Italienern 36 Gefangene. Besondere Verdienste erlangte sein 28. Bataillon.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

M.B. Berlin, 23. Juni. Von den Kampfzonen nichts Neues.

40 000 Gefangene an der Südfront.

M.B. Wien, 22. Juni. Ämtlich wird gemeldet:

Die Kämpfe an der Piave haben gestern an Heftigkeit abgenommen. Wo die Italiener — wie in einzelnen Abschnitten des Montello und westlich von San Dona — ihre Angriffe erneuerten, wurden sie wie früher unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Der Feind verlor zwischen dem 15. und 20. Juni durch unsere Flieger und durch Abwehr von der Erde aus 42 Flugzeuge; außerdem blühte er vier Festballone ein.

Die Zahl der Gefangenen ist auf 40 000 gestiegen. Unter diesen befanden sich auch einige tschechisch-slowakische Legionäre, die sofort der durch die Kriegsgesetze vorgeschriebenen standrechtlichen Verhandlung zugeführt wurden.

Der Chef des Generalstabes.

M.B. Wien, 23. Juni. Ämtlich wird gemeldet:

Die Kämpfe an der Piave waren auch gestern weniger heftig, nur am Südsügel unserer Armee front nahm der Feind nachmittags seine Gegenangriffe wieder auf. Sonst überall Geschützkampf. Die schweren wolkentrübenden Regen, die in den letzten Tagen fast täglich über Benetien niedergingen und weite Strecken der Ebene unter Wasser setzten, hatten für die Truppen die Lasten und Entbehrungen des Kampfes verheerend. Die Piave ist zu einem reichenden Strom geworden, dessen Wassermassen wiederholt den Verkehr zwischen beiden Ufern auf viele Stunden unterbrach. Es ist nur unter den größten Schwierigkeiten möglich, den Kämpfern an der Front den nötigen Bedarf an Munition und Versorgung zuzuführen. Um so größere Anerkennung ist den tapferen Truppen zu zollen, deren Hauptkraft auch in noch härteren Tagen ungebrochen blieb.

Der Chef des Generalstabes.

Der U-Boot-Bericht.

M.B. Berlin, 21. Juni. Eins unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Marschall, versenkte im Sperrgebiet des Mittelmeeres auf 1500 faden Tiefe 7 Dampfer von rund 23 000 BRT. Alle Dampfer

waren außerordentlich wertvoll. Die Ladungen bestanden aus Baumkollie, Benzin, Öl und Stützgut.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

M.B. Berlin, 23. Juni. Neue U-Bootserfolge im Sperrgebiet um England 16 500 BRT.

Zwei Dampfer wurden an der Ostküste Englands aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Beinahe 18 Millionen Br. R. T. versenkt.

M.B. Berlin, 22. Juni. (Ämtlich.) Im Monat Mai sind insgesamt

614 000 Bruttoregistertonnen

des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffsraums vernichtet worden. Der ihnen zur Verfügung stehende Welthandelschiffsraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund

17 700 000 Bruttoregistertonnen

verringert worden. Davon sind rund

10 828 000 Bruttoregistertonnen

allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat April außer den seinerzeit schon bekanntgegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelschiffe noch weitere Schiffe von rund 56 000 Bruttoregistertonnen durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Kampf der Sowjet-Republik gegen die Tschechen.

M.B. Moskau, 20. Juni. Nach Meldungen der Presse ist im Gebiete von Samara die Herrschaft der Bolschewiki gestürzt und alle Sowjets sind für ungültig und aufgelöst erklärt worden. Der militärische Oberbefehl über Samara hat ein Kollegium mit Oberst Solzin an der Spitze übernommen. An mehreren Stellen der Stadt soll die alte russische Nationalflagge gehißt worden sein.

M.B. Moskau, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Von der tschechisch-slowakischen Front wird gemeldet: Der Rat der Volkskommissare erhielt aus Jekaterinburg die Nachricht, daß die Sowjettruppen nach einem Kampfe auf der Front Sibiriens-Altai in der Richtung auf Ural die Fabriken in Kaslinsk bei der Station Roslowsk, 125 Werst von Jekaterinburg und West von Tscheljabinsk, eingenommen haben. Hiernach befindet sich die Hälfte der Eisenbahn Jekaterinburg-Tscheljabinsk in den Händen der Sowjettruppen. Nach Zeitungsberichten stehen in dem Tale der Soimana (?) nordwestlich von Tscheljabinsk sieben Abteilungen tschechisch-slowakischer mit drei leichten und schweren Geschützen. Im allgemeinen gehen die tschechisch-slowakischen Truppen einem Kampfe aus dem Wege und sammeln sich im Bezirk von Achtsinsk. (?)

M.B. Moskau, 21. Juni. Nach Presseberichten soll sich General Dutow mit den tschechischen Truppen um die Station Polowin vereinigt haben. Die neue tschechische Regierung hat auf der ganzen Ostsee-Bahn wegen Lieberfälle, die von Abteilungen der Eisenbahner auf der Linie Omsk-Tjumen auf die Tschechen gemacht worden sind, den Kriegszustand erklärt. Tschechen und Kosaken drängen unter Führung französischer Offiziere auf Jachin vor. Nach einer Meldung der „Iswestija“ soll von der Sowjetregierung in allen an der östlichen Bahn gelegenen Ortschaften der Kriegszustand erklärt worden sein. Ferner sind alle Arbeiter und besitzlosen Bauern über 18 Jahre einberufen worden. — Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß über das Gouvernment Tambow der Kriegszustand verhängt worden ist.

M.B. Amsterdam, 23. Juni. Aus Peking wird vom 18. Juni gemeldet: Semowoff zieht sich in Richtung der chinesischen Grenze zurück. Die chinesischen Truppen haben Befehl erhalten, nicht anzugreifen, solange die chinesische Grenze nicht bedroht wird.

M.B. Moskau, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach der Einnahme von Omsk marschieren die tschechisch-slowakischen auf Tobolsk und Jachin.

M.B. Shanghai, 21. Juni. (Meldung.) Aus Chabin wird berichtet: Semowoff wurde zu einem plötzlichen Rückzug nach der Mongolei gezwungen, weil 3000 Kosaken sich dem Feinde angeschlossen, nachdem sie ihre Offiziere getötet hatten und die roten Garben die Truppen Semowoffs in der Pforte bedrohten. Nach einer Meldung aus Peking zieht sich Semowoff auf die chinesische Grenze zurück, die stark mit chinesischen Truppen besetzt ist. Die Truppen haben den Befehl, nichts gegen die Bolschewiki zu unternehmen, außer wenn die Grenze bedroht sein sollte.

Russische Warnung an die Entente.

M.B. Stockholm, 23. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Die offiziöse „Iswestija“ wendet sich in einem Artikel gegen die Bestrebungen, Rußland ohne Rücksicht auf den Mangel an Vorbereitung und auf die Abneigung der Bevölkerung in einen neuen Krieg zu treiben. Sie schreibt: Die zu diesem Abenteuer hegen, mögen sich bewußt sein, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf verzweifelter Widerstand der Revolutionären in Rußland stoßen werden. Ein solcher Trost für sie, sind die Phantasien der verträtschen Sozialisten, die sich einbilden, die Macht des Sowjets in die Luft sprengen zu können, indem sie die angebliche Enttäuschung der Massen über die Sowjetregierung in die Welt hinausposaunen. Die Regierung bleibt unerschütterlich in ihrem Vertrauen. Es werden sich nicht nur Millionen von Arbeitern und Bauern in revolutionären Legionen verwandeln, um im äußersten Notfall die Sowjetmacht zu verteidigen, sondern auch überall werden die Massen nicht dulden, daß Rußland in einen neuen Krieg mit Deutschland gezwungen wird. Die Alliierten wissen wohl, wenn sie sich die Mitarbeit gewisser treuloser Elemente bei ihren gegen die Sowjets gerichteten Abenteuer zu sichern wollten, dies nur einen Sturm der Völkerröhrigkeit in ganz Rußland zur Folge hätte. Vielleicht ist es zu spät, sie auf die Gefahren des bevorstehenden Weges hinzuweisen; trotzdem wollen wir am Vorabend entscheidender Ereignisse, die der gesamten Geschichte eine neue Richtung geben sollen und in Voraussicht gewaltiger Katastrophen des vollkommenen Scheiterns der Anschläge des internationalen Bundes, voll freier Besorgnis für die beiden Parteien unserer alten Welt wiederholen: Die einzig gerechte, für beide Teile vorteilhafte Politik ist die, die die Alliierten dazu führen wird, die Sowjetregierung anzuerkennen und dem revolutionären Rußland zu helfen und es bei der Wiedereinführung seines wirtschaftlichen Apparates zu unterstützen. Jede andere Politik wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern ein Fehler. Die unglücklichen Völker zahlen oft einen zu hohen Preis für die Fehler ihrer Regierungen.

Optimismus des italienischen Ministerpräsidenten.

M.B. Lugano, 23. Juni. Der italienische Ministerpräsident Orlando gab nach seiner Rückkehr von seiner Reise an die Front vor den Abgeordneten in den Wandelgängen des Montecitorio folgende optimistischen Erklärungen ab:

Die Lage sei für die italienischen Heere vortrefflich. Man müsse anerkennen, daß die Oesterreicher sich vortrefflich verteidigten, um sich an den beiden Punkten des Uebergangs an der Piave von der Umlagerung der Italiener zu befreien. Die Kämpfe im Gebirge seien außerordentlich heftig gewesen. Der Feind habe solche Verluste erlitten, daß er jetzt schon dort zur Unbeweglichkeit verurteilt sei. Auch am Montello und an der unteren Piave dauerten die Kämpfe an. Weitere Einzelheiten wollte er nicht mitteilen. Er sagte nur noch, daß die Italiener weiter kämpfen müßten, da der Feind sich nicht zurückziehen könne und seine Reserven einsetze, um irgend einen Erfolg zu erhaschen.

Nicktritt des Wiener Kabinetts

Das Verlangen der Polen.

M.B. Wien, 23. Juni. Der heutige Ministerrat beschloß den Gesamtnicktritt des Kabinetts.

M.B. Wien, 22. Juni. (Meldung des Wiener A. A. Telegraphen-Korrespondenten.) Der Polenklub nahm am Sonntagabend nachmittags einstimmig folgenden Antrag an: Der Polenklub protestiert gegen alle Versuche einer Paragraf-14-Regierung und fordert sofort gründlich als angesichts der gegenwärtigen Lage nachdrücklich, daß die verfassungsmäßige Ordnung im Staate vollständig zur Geltung komme. Geleitet von der Erkenntnis, daß die Erhaltung und Kräftigung der Monarchie im Interesse der polnischen Nation liegt, erklärt der Polenklub seine Bereitwilligkeit, dem Staate zu bewilligen, was zur Erhaltung und Verteidigung seines Bestandes förderlich ist. Doch muß er gegen eine Regierung Stellung nehmen, deren Wirken er für schädlich hält, wobei er sich von vornherein gegen den unbegründeten Vorwurf vermahnt, durch eine derartige der parlamentarischen Gesetzmäßigkeit entsprechende Stellungnahme die Interessen des Staates oder des Parlamentarismus zu gefährden. In der Erwägung, daß Ministerpräsident Dr. v. Seidler zum Schaden des nationalen polnischen Interesses gewirkt hat, daß seine Regierung es nicht verstand, das Ernährungsproblem zu lösen, und daß sein Regime den Parlamentarismus und den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung gefährde, in weiterer Erwägung, daß der Ministerpräsident gleichzeitig während der Verhandlung mit dem Polenklub sich in Abmachungen einließ, welchen den Lebensinteressen des polnischen Volkes zuwiderläßen, so wie trotz des noch rechtskräftigen, auch von Kaiser Karl bestätigten Handelsvertrages Kaiser Franz Joseph über die Sonderstellung des ungeteilten Galiziens es unternahm, hinter dem Rücken der Polen verbindende Verprechungen wegen der Zweiteilung Galiziens zu machen, endlich, daß der Ministerpräsident die von ihm als vorberechtigt anerkannten wirtschaftlichen Zusagen nicht erfüllte, verurteilt der Polenklub den Ministerpräsidenten Seidler sein Vertrauen. Der Polenklub verlangt die sofortige Einberufung des Reichsrats und erklärt sich bereit, mit den zur Majoritätsbildung willigen Parteien in Verhandlung zu treten, um die Grundlagen für eine geordnete parlamentarische Tätigkeit zu vereinbaren.

M.B. Wien, 22. Juni. Die Verhandlungen, die die Flottmachung des Parlaments betreffen, sind gescheitert. Graf Burian stellt sich auf den Standpunkt, daß er die von den Polen verlangte Erklärung gegen die Abtretung Galiziens nicht abgeben könne, da dies eine rein innerpolitische Angelegenheit sei. Ministerpräsident von Seidler war bereit, zu erklären, daß eine Teilung Galiziens nur auf verfassungsmäßigen Wege, d. h. mit einer Zweidrittel-Mehrheit des Reichsrats, erfolgen könne; die Polen aber, namentlich die radikalen Gruppen, verlangen die ausdrückliche Erklärung, daß eine Teilung Galiziens überhaupt ausgeschlossen sei. Auch von den deutschen Parteien verlangten die Polen eine bindende Zusage hinsichtlich der austro-polnischen Lösung.

Die deutschen Parteien hatten in den letzten Tagen ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, durch Unterhandlungen mit den Polen eine Mehrheitsbildung im Reichsrat und dadurch die Tagung des Parlaments zu ermöglichen.

M.B. Wien, 23. Juni. Kaiser Karl ist heute früh zurückgekehrt.

M.B. Wien, 23. Juni. Vor einer Abordnung des Wiener Arbeiterrats erklärte Graf Burian, er sei sich der großen Bedeutung der Ernährungsfragen bewußt, der er seine vollste Aufmerksamkeit und Sorgfalt schenke. Er sei daher stets bemüht, die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich über die gegenwärtige Lebensmittelversorgung tatkräftig zu fördern und uns über die schwere, aber glücklicherweise nur noch kurze Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuhelfen.

Was die Frage des Friedens anlangt, so sei der Krieg, den wir führen, nach wie vor ausschließlich ein Verteidigungskrieg.

Es liegt uns ganz fern — fuhr Graf Burian fort — den Krieg auch nur einen Augenblick zu verlängern, um irgendwelche Eroberungen zu machen oder imperialistische Ziele zu erreichen. Wenn sich bei unseren Gegnern Bereitschaft zu Verhandlungen zeigen sollte, so würden sie uns stets bereit finden, in Besprechungen einzutreten, um für beide Teile annehmbaren Frieden zu schließen.

Die Hilfe Ungarns für Oesterreich.

Budapest, 23. Juni. Kaiser Rudolph haben viele andere ungarische Städte sich bereit erklärt, durch Räumung ihrer Getreidequäle die Lage in Wien und Oesterreich zu lindern. Die Stadt Budapest hat heute große Mengen Getreide, Obst, Gemüse und 22 000 Hefen nach Wien geschickt.

bb. Berlin, 23. Juni. Der Wiener Arbeiterrat berichtet bei der Begegnung, wobei der Ernährungsminister Paul erklärte, daß das, was zu sichern war, gesichert werden konnte. Es genüge aber nur für die Hälfte der Brotzation. Außer den 250 Gramm Rindfleisch wird ein Kilogramm Wurstfleisch pro Kopf und Woche gegeben; außerdem werden von militärischen Jahrgängen 100 000 Menschen vier Wochen lang mit einer warmen Mahlzeit, bestehend aus Suppe, 100 Gramm Fleisch und Gemüse, täglich zu billigen Preisen bedacht werden.

bb. Genf, 23. Juni. Auch Frankreich und England hat unter der langanhaltenden Trockenheit schwer gelitten. Der „Matin“ jammerte schon am 15. d. Mts. über die Schäden infolge der Dürre. Jetzt kommen aus England Meldungen, wonach dort der Frühjahrsernteernte zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Die französischen Provinzialblätter klagen auch über den „unüberwindlichen“ Erntemangel, der die Erntearbeiten gerade jetzt sehr schwer treffe, wo das ganze Land sehr häufig auf die ersten Ergebnisse der Ernte warte.

Staatsbürger u. Wirtschaftsbürger.

Von Dr. Heinz Potthoff.

Die politische Entwicklung des letzten Jahrhunderts hat die Massen aus Gebundenheit zu formeller Freiheit, von der Hörigkeit über die Untertanen zum Staatsbürgertum geführt. Die wirtschaftliche Entwicklung ging nun in der Landwirtschaft einen ähnlichen Gang. In Bergbau, Industrie, Handel (Bank, Warenhaus, Versicherungsgesellschaft, Reederei usw.) und in öffentlichen Betrieben (Eisenbahn, Post usw.) war der Weg umgekehrt, führte zu einer wachsenden Abhängigkeit in immer größeren verbundenen Großbetrieben. Auch die Staatsverwaltungen sind auf sozialem Gebiete noch weit reaktionärer als auf politischem und denken nicht daran, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern im Verwaltungs- oder Wirtschaftsbetriebe die gleichen konstitutionellen Rechte einzuräumen, die ihnen im staatlichen Leben als selbstverständlich gewährt worden sind.

Allerdings waren wir vor dem Kriege noch weit von einer wirklichen Selbstverwaltung des Volkes entfernt. Unser Staat war im Grunde immer noch ein obrigkeitlicher, die Volksherrschaft galt den Verwaltungsbürokraten als etwas Fremdes, Störendes. Der Gedanke, daß unsere Parlamente richtunggebend und entscheidend für die Politik sein sollten, wurde als unmöglich, namentlich für die äußere Politik, abgewiesen. Aber selbst die beschränkten Staatsbürgerrechte der deutschen Massen standen vielfach nur auf dem Papier, weil die soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit ihnen die Ausübung verwehrte. Was nützt das Wahlrecht, wenn eine dem Arbeitgeber unbenutzene Stimmabgabe mit Kündigung bestraft wird, die in manchen, kartellierten Industriezweigen längere Erwerbslosigkeit oder den Zwang zur Wanderung in staatlichen Monopolbetrieben vielleicht die Notigung zum Berufswechsel bedeutet? Was nützt die Berufung zu öffentlichen Ehrenämtern, wenn der Arbeitgeber nicht den Urlaub zur Ausübung gibt oder das Amt für unvereinbar mit der Arbeitspflicht erklärt.

Die Einführung der Bürgerrechte in das Wirtschaftsleben, in das Dienstverhältnis, hat daher nicht nur soziale, sondern auch staatspolitische Bedeutung. Dabei ist klar, daß jenes in seinem Ausmaß durch den Stand der Verfassung und ihrer tatsächlichen Verwirklichung bedingt wird. Im Grunde sind es zwei Sätze, die für den Staats-

bürger anerkannt werden: die Staatsverwaltung erfolgt nicht nach Willkür des Herrschers und seiner Beauftragten, sondern nach fester, gesetzlicher Regel. Und das Gesetz wird nicht nach dem Alleanwillen des Herrschers erlassen, sondern bedarf der Zustimmung der Bürger durch die Volksvertretung. Diese beiden Grundsätze in das Wirtschaftsleben zu übertragen, muß die Hauptaufgabe der konstitutionellen Gestaltung des Arbeitsrechtes sein. Und da der Krieg sowohl in der allgemeinen Erweiterung der Befugnisse der Volksvertretung wie in der Ausbildung des gewerblichen Verfassungslebens fruchtige Fortschritte gebracht hat, so ist die Hoffnung berechtigt, daß wir auch für die Friedenszeit auf beiden Gebieten voran kommen werden.

Das Wirtschaftsbürgertum beginnt in einzelnen Großbetrieben mit der Übertragung der obengenannten zwei Sätze: die Regelung der Arbeitsbedingungen darf nicht nach Willkür des Betriebsleiters, sondern nur nach festen Regeln erfolgen. Und an der Festlegung dieser Regeln müssen die Arbeitnehmer mitwirken. Das „Gesetz“ ist die Arbeitsordnung, die zu ihrer Aufstellung mit beiderseitiger Zustimmung der Arbeiter und des Betriebsleiters, „Vollvertretung“ ist der Arbeiterrat.

Der Grundsatz einer Arbeitsordnung ist bisher nur in der Gewerbeordnung und in der Seemannsordnung vorgeschrieben für Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern. Aber nur für gewerbliche Betriebe, also nicht für Landwirtschaft, Handel usw.; sie gilt nur für Arbeiter, nicht für Angestellte, mit Ausnahme der offenen Ladengeschäfte, in denen sie nur für die Handlungsgehilfen gilt. Ihr Inhalt ist sehr eng begrenzt; sie braucht nur Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohnzahlung zu enthalten. Die Mitwirkung der Arbeitnehmer beschränkt sich (mit ganz unbedeutenden Ausnahmen) darauf, daß den volljährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben ist, sich zu ihr zu äußern, ohne daß der Unternehmer in seiner Verfügungsmacht beschränkt ist. Auch in Staatsbetrieben bestehen meist Arbeitsordnungen, aber auch rein autoritäre. Hier muß die Forderung erhoben werden, daß in jedem Betriebe mit einer größeren Anzahl gleichartiger Arbeitnehmer eine Arbeitsordnung zu erlassen ist, die alle wesentlichen Arbeitsbedingungen regelt. Und zwar unter Zustimmung der Arbeitnehmer.

Voraussetzung dafür ist, daß in allen Großbetrieben Arbeiterräte und Angestelltenräte bestehen. Bisher waren Arbeiterräte nur im Bergbau, Angestellten- und Beamtenträte nirgends gesetzlich vorgeschrieben. Das Hilfsdienstgesetz hat hier den großen Fortschritt gebracht, daß es in allen Betrieben mit 50 Arbeitern oder 51 Angestellten die Erreichung eines Arbeiter- oder Angestellten-Ausschusses erzwingt. Allerdings wieder nur in den Betrieben, für welche die Gewerbeordnung gilt, sowie in denen der Heeres- und Marineverwaltung. Diese Vorschrift muß nicht nur über den Frieden hinaus erhalten, sondern auch auf alle Großbetriebe erweitert werden. Für die Wahl der Ausschussmitglieder können die Bestimmungen des H. D. G. bleiben; aber die Vertrauensmänner bedürfen einer besseren Sicherung gegen Entlassung zu der das preussische Vergewalt mit der Beschränkung der Kündigungsfrist gegenüber den Sicherheitsmännern ein bescheidenes Vorbild gegeben hat. Als Aufgaben des Ausschusses muß zu denen des H. D. G. (Pflege des guten Einvernehmens, Vorbringung von Wünschen, Anbahnung von Einigung bei Streitigkeiten) vor allem die ent-

scheidende Mitwirkung bei der Feststellung der Arbeitsordnung treten.

Aber eine konstitutionelle Regelung der Arbeitsverhältnisse im einzelnen Betriebe genügt den Bedürfnissen nicht. Diese gehen auf gleichmäßige Ordnung in ganzen Gewerbebezügen. Und auch hier sind die konstitutionellen Mittel bereits vorhanden; die Gesetzgebung braucht sie nur zu fördern. Hier heißt das Gesetz „Tarifvertrag“ und die Volksvertretung „Arbeitskammer“.

Schon aus dieser Zusammenfassung ergibt sich, wie zweckmäßig es wäre, beide Einrichtungen in Verbindung mit einander zu bringen. Es ist ein großer Fehler, daß das nicht geschehen ist und auch nach der neuen Vorlage über Arbeitskammern nicht geschehen soll. Der Tarifvertrag oder besser: Arbeitsnormenvertrag hat sich ganz ohne staatliche Förderung aus dem Bedürfnis entwickelt. Es ist ein Mittel nicht nur der Selbstverwaltung des Gewerbes an sich, das hier unabhängig vom Gesetz die Arbeitsbedingungen für weite Bezirke des Wirtschaftslebens regelt, sondern auch ein Mittel des Wirtschaftsbürgertums, das den Gewerkschaften der Arbeitnehmer die Mitentscheidung über diese Bedingungen sichert, an Stelle der Unternehmervollmacht die vertragsmäßige Regel setzt.

Die Vorteile der festen, dauernden Regelung der Arbeitsbedingungen für beide Parteien, für den Staat und für den ungeschützten Fortgang der Wirtschaft sind bekannt. Eine der Hauptschwierigkeiten ist stets die Feststellung, in welchem Umfange und in welchem Maße die vereinbarten Normen für die im ganzen Gewerbe abzuschließenden Arbeitsverträge verbindlich, „unabhängigbar“ sind. Von der Rechtsprechung ist die Unabhängigkeit nicht anerkannt; durch Einzelvertrag kann die Norm durchbrochen werden. Es besteht aber ein hohes soziales Interesse an der absoluten Geltung dieser Norm für alle Arbeitsverträge. Deswegen sollte den Arbeitskammern die Befugnis erteilt werden, unter gewissen Bedingungen einen Tarifvertrag für bestimmte Gebiete als allgemein verbindlich zu erklären.

Das wäre ein Stück Rechtsförderung von großer Fruchtbarkeit. Ueberhaupt werden die neuen Arbeitskammern erst dann ihren Zweck ganz erfüllen, wenn man diese paritätischen, von einem unparteiischen Beamten geleiteten, sachlichen Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer systematisch dahin ausgestaltet, daß sie der staatlichen Gesetzgebung und Gewerbeverwaltung einen Teil ihrer Aufgaben abnehmen, damit an Stelle der Bureaukratie die Selbstverwaltung der Beteiligten und zugleich an Stelle der bisherigen Unternehmervollmacht die Gleichberechtigung aller am Arbeitsverhältnis beteiligten steht. Die Arbeitskammern können und müssen ein wichtiges Instrument für die Verwirklichung des Wirtschaftsbürgertums werden.

Die neue Güterzug-Bremse.

Am Mittwoch unternahmen die Mitglieder der Staatshaushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses in Begleitung des Ministers der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach, des Finanzministers Herget und zahlreicher Regierungskommissare eine Fahrt nach Erfurt zur Festlegung von Probefahrten mit der neu zur Einführung gelangenden Künze-Ankorr-Bremse. In Erfurt wurden eingehende Vorträge von Sachverständigen über die Wirkung und die Handhabung der Bremse gehalten. Die Einführung der Bremse für den gesamten Staatsbahn-Betrieb wird 257,5 Millionen Mark betragen. Bis zum Jahre 1927

soll die Einführung abgeschlossen sein. Der diesjährige Haushaltsetat sieht erst mal 60 Millionen Mark vor. Die Bremse wird bedeutende Ersparnisse an Personal zur Folge haben. Das gesamte Bremserpersonal wird fast überflüssig. Außerdem wird eine erhöhte Betriebssicherheit und eine Beschleunigung der Beförderung erzielt. Auch die pünktliche Einhaltung der Fahrpläne wird gesichert, namentlich aber auch die Beschleunigung der Militärtransporte erreicht werden. Die Personalersparnis macht ein riesiges Armeekorps aus. Durch die neue Bremse wird auch der Wagenumlauf schneller von Station zu Station. Die Herstellung der Bremse ist der Künze-Ankorr A.-G. in Berlin übertragen worden. Hiergegen haben sich lebhafteste Widerstände geltend gemacht. Es wurde gesagt, daß es falsch sei, einer Gesellschaft ein Monopol zu übertragen. Diese namentlich von national-liberaler, fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite geäußerten Anschauungen wollten die Vorträge in Erfurt und die Probefahrten zerstreuen. Sachleute machen geltend, daß ein so komplizierter Apparat nur einer Firma mit sicherer Aussicht auf Gewinne übertragen werden könnte. Die Kommission unternahm dann auf der sehr stark besetzten Strecke Oberhof-Erfurt eine Versuchsfahrt. Zusammengefaßt war ein Güterzug, vollbeladen, mit 71 Wagen von einer Gesamtlänge von 722 Metern. Die gewöhnlichen Güterzüge haben meistens nur eine Höchstzahl von 40 bis 45 Wagen. Auf dieser Strecke würden bei derselben Länge des Zuges 25 Bremser erforderlich gewesen sein, während jetzt außer dem Zugführer nur zwei erforderlich waren. Die Bremsführung liegt nur in der Hand des Lokomotivführers. Die ganze Handlung ist für ihn mit Schärfe und Klarheit verbunden. Die Bremse, die als Aufdruckbremse wirkt, besteht aus einem Zwischenstück. Auf der Probefahrt wurden Bremsversuche bei gleichmäßiger Fahrt, bei besonders schneller und bei langsamer Fahrt auf dem festgelegten weichen Gefälle vorgenommen. Es war überaus interessant zu beobachten, daß namentlich auf ebener Strecke beim Ziehen der Notbremse dieser ganze Zug in 34 Sekunden ohne jede Erschütterung zum Halten gebracht wurde. Die Abgeordneten waren von den gewonnenen Resultaten hochbetört. Die ganze Neuordnung wird, so führte der Minister in seiner Schlussrede aus, ohne Zweifel schon in naher Zeit auch von den verbundenen Staaten auf derselben Grundlage durchgeführt werden, was von einschneidender Bedeutung auch für die Verkehrsabwicklung in Mitteleuropa sein würde. (C.)

Herford und Minden-Ravensberg.

24. Juni.

Das Eisene Kreuz an Herforder.

Für Tapferkeit vor dem Feinde erhielt der Gefreite August Schlüter, Sohn der Witwe Gertrude Schlüter, Reimthorauerstraße 19, das Eisene Kreuz 2. Klasse.

Dem Jäger Georg Weje beim Rgl. Kreuz. Reserve-Jäger-Batt. Nr. 20 ist das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen. Der junge Krieger ist erst seit Mitte April im Felde.

— Geldpostanweisungen. Der Meistbetrag für Geldpostanweisungen ist von 100 M. vorwärtsweise auf 800 M. erhöht worden. Das Vorwärts beträgt bis 400 M. 10 S. für je 100 M., für 400 bis 600 M. 30 S., für 600 bis 800 M. 60 S.

M.B. Militärbaracken für städtische Wohnzwecke. In der Verhandlung des vor kurzem geschlossenen deutschen Städtebundes hatte der Vertreter des Kriegsministeriums zugelegt, den Städten Baracken, die die Militärverwaltung einnehmen könne, zu überlassen und die Beschaffung von neuen dadurch zu erleichtern, daß hierzu die in

Zur Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens hat der Krieg zu Einschränkungen und Anpassungen geführt, die, soweit sie sich als notwendig und in der Wahl der Mittel als zweckmäßig und gerecht erwiesen, die Zustimmung der verständigen Staatsbürger gefunden haben. Das gilt auch hinsichtlich der Einschränkungen beim Eisenbahnverkehr. Ihre Notwendigkeit liegt vor allem in dem Wagen- und Personalmangel begründet. Die Militärverwaltung stellte an die Bahn hinsichtlich der Beförderung von Truppen, Kriegsbedarf und Lebensmitteln ganz gewaltige Ansprüche, die mit der Größe des besetzten Gebietes stets gewachsen sind. Ihre Befriedigung muß an erster Stelle erfolgen, und vor ihr haben Forderungen und Wünsche der bürgerlichen Bevölkerung unbedingt zurückzutreten. Hingegen die Bewältigung eines ausgedehnten Urlaubsverkehrs, der bei der langen Dauer des Krieges einen sich stets steigenden Umfang annehmen mußte. Ziehen wir dann noch die durch die öffentliche Bewirtschaftung der hauptsächlichsten Lebensmittel und Brennstoffe herbeigeführte starke Inanspruchnahme des Güterverkehrs in Betracht, so genügt diese Tatsache, die Überlastung der Eisenbahn zu erklären, die sich nun so fühlbar machte, als der durch die Einstellung in den Heeresdienst herbeigeführte erhebliche Ausfall an geschultem Personal durch männliche Personen überhaupt nicht, durch weibliche nicht voll ersetzt, wie auch das fehlende und stark abgenutzte Betriebsmaterial in genügender Menge nicht ergänzt werden konnte. Notgedrungen mußte für die bürgerliche Bevölkerung eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs erfolgen.

Eine erhebliche Einschränkung des Bahnverkehrs fehlte bei dem Güterverkehr ein, erstreckte sich in steigendem Maße dann auch auf den Personenverkehr. Einschneidende Veränderungen

traten nach dem am 1. November 1917 in Kraft getretenen Winterfahrplan ein durch den Ausfall von Zügen, starke Einschränkung des Sonntagsverkehrs und die Verdoppelung der Fahrpreise für die 2. Klasse. Am 1. April folgte eine allgemeine Erhöhung der Fahrpreise zum Ausgleich der erhöhten Betriebskosten.

Die Feststellung der Ursachen der starken Zunahme des Verkehrs auch bei der bürgerlichen Bevölkerung, trotz Kriegsnot und Kriegsteuerung, wird ruhigeren Zeiten vorbehalten bleiben müssen. Aber die Tatsache, daß oft nur die Folgeerscheinungen, nicht aber die Ursachen der Verkehrsnot bekämpft werden, läßt es angebracht erscheinen, auf einige wirtschaftliche Zusammenhänge hinzuweisen. Die Aufstellung des Millionenheeres, das jetzt den größeren Teil der Männer vom 18. bis 48. Lebensjahre umfaßt, stellte die Fortführung unseres Wirtschaftslebens auf eine harte Probe. In unzähligen Fällen wurde die ganze Last und Verantwortung auf die Schultern der Frauen gelegt, die damit meist Aufgaben übernahmen, denen sie nicht gewachsen waren. Die Militärverwaltung suchte dem immer stärker werdenden Bedürfnis der Männer, im Geschäft und Familie nach dem Rechte sehen zu können, durch längere und kürzere Urlaube gerecht zu werden. Daraus folgt die starke Inanspruchnahme der Eisenbahn durch die Urlauber, deren Recht auf die Vermehrung der Verkehrsmittel an erster Stelle gewahrt bleiben muß und nur durch außerordentliche militärische Notwendigkeiten auf kurze Zeit eingeschränkt werden dürfte. Die Urlaubsbeschränkung der Militärpersonen im Inlande kann praktisch kaum ins Gewicht fallen, da dafür ein stärkerer Verkehr der Angehörigen nach den Garnisonen eintreten muß. Die Fortführung des Kaufmannsgeschäftes und Handwerkbetriebes unter der Leitung der Frau oder fremde Personen machen eine häufigere Abwesenheit mit dem abwesenden Inhaber zur geheimerischen Notwendigkeit, während die Inhaber von Kriegswirtschaftsbetrieben in Industrie, Landwirtschaft und Handel bei völliger

oder längerer Beurlaubung bekanntlich günstiger gestellt sind. Der Handel, der durch den Krieg einfach auf eine ganz andere Grundlage gestellt wurde, alle Verbindungen verlor und neue suchen mußte, kann, obwohl das Anbieten und der Verkauf bei den Kleinhändlern durch Reisende fast ganz eingestellt ist, schneller Verkehrsmittel nicht entbehren. Eine besondere Belastung ist den Eisenbahnen durch den Schlechtverkehr, besonders durch die sogenannten Hamsterfahrten, entstanden. Den Ursachen dieser in mehrfacher Hinsicht bedauerlichen und für unser Volksleben verderblichen Erscheinung hier nachzugehen, würde zu weit führen. Ein Teil der Schuld liegt ohne Frage in den Mängeln begründet, die einer öffentlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel und Bedarfsmittel mehr oder weniger stets anhaften werden. Als im Herbst 1916 die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln versagte, da die Zeit durch Erhebungen, Maßnahmen, Warnungen verstrich, und große Mengen unterdes verfaulen wurden, konnte trotz erhöhter Inanspruchnahme der Verkehrsmittel der Kartoffelnot in vielen Gegenden nicht mehr gesteuert werden. Auch die Kohlennot im Frühjahr 1917 ist zum erheblichen Teil auf die Verkehrsschwierigkeiten zurückzuführen, die sich während der Kartoffelversorgung einstellten. Im Frühjahr 1917 hatten wir dann in unserer mit Kartoffeln gelegenen Gegenden bis zur neuen Ernte immer das gleiche Bild: aus den größeren Städten, besonders aus der Industriegegend, führte die Eisenbahn Scharen von Frauen und Kindern herbei, die die während der Wintermonate lang entbehrte Kartoffel in Säcken und Körben heimzuschaffen. Wer konnte es ihnen verdenken, und wer machte es ihnen wehren, sich aus einer Not zu befreien, in die sie ohne ihr Verschulden hineingeraten waren? Für die Eisenbahn bedeutete diese Art der Versorgung aber eine erhebliche Belastung. Wenn auch den übrigen Kaufleuten, besonders unter den Gassen unserer Kurorte und Sommerfrischen, diese Minderungsgründe nur in geringem Maße zugebilligt werden können, ihr

Treiben, soweit es den Wucher fördert, unbedingt verurteilt werden muß, so ist das Uebel durch eine Einschränkung des Bahnverkehrs nicht zu beheben, sondern nur durch eine schärfere Gestaltung und gleichmäßigere Verteilung der zurückgehaltenen Lebensmittel. Immer mehr tritt es zutage, daß der Wucher mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs das Krebsgeschwür ist, das unsern Volkskörper zu zerfressen, ihn Kraft und Zusammenhang zu rauben droht. In ihm können wir auch zum Teil die Ursachen der bedauerlichen Veranbarung von Verkehrsgütern suchen.

Im Herbst 1917 hat man durch eine rechtzeitige und umfassendere Beschlagnahme und eine frühzeitigere Verladung der Kartoffeln einer Verheerung und Kartoffelnot vorgebeugt, in der Art der Verteilung aber noch Fehler bestehen lassen, die eine unnötige Belastung der Verkehrsmittel herbeiführten. Lipppe hatte als Lebensmittelbezirk nach den Berechnungen der Reichsstoffstelle 296 561 Zentner Kartoffeln an außerlippische Bezirke abzuliefern. In nächster Nähe seiner Grenzen liegen die beiden freistehenden Städte Herford und Bielefeld, die trotz ihrer nicht unerheblichen Feldmarken doch dem größeren Teil nach Bedarfskreise sind, die sich im Frieden aus den benachbarten preussischen Kreisen und den anliegenden lippischen Kreisen versorgten. Da ihnen die ursprünglichen Lieferungsgebiete durch die Kriegswirtschaft gesperrt waren, so waren sie auf die Zuneigungen der Reichsstelle angewiesen. Diese teilte ihnen das Fürstentum Waldeck, preussische Kreise von der mittleren Elbe bis nach Pommern hin zu, während Lipppe einen großen Teil seines Lebensmittelbedarfes nach dem Königreich Sachsen versenden mußte. Am grünen Tische lassen sich solche Zuneigungen bald erledigen, in der Ausführung bedeuten sie aber oft eine unerträgliche und unnötige Belastung der öffentlichen Verkehrsmittel, die in diesem Falle umso mehr ins Gewicht fallen mußte, da kurz vorher und teilweise gleichzeitig auch die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides und Obstes nicht unerhebliche Minderungen

der Bauabteilung des Kriegsministeriums bereits ausgearbeiteten Zeichnungen und Kostenschätzungen zur Verfügung gestellt und die Firmen, die sich mit dem Bau solcher Baracken beschäftigen, benachrichtigt werden. Für die Städte würden nach dem Kriege etwa 3000 Baracken verfügbar bleiben. Mit diesen könnte jedoch nicht bestimmt gerechnet werden, wennfalls sollen die Städte alsbald den Bau der Baracken nach den von der Militärverwaltung herausgegebenen und bewährten Plänen vornehmen. Um den Städten weiter entgegenzukommen, hat der Chef der Bauverwaltung Vorschläge ausgearbeitet, wie die Baracken für Wohnungen eingerichtet werden können. Es soll hiernach die bei 10 Meter Breite, 50 Meter Länge aufweisende Baracke der Länge in zwei gleichen Teilen aufgestellt und jeder dieser Teile in vier Wohnungen eingeteilt werden, von denen jede aus zwei Zimmern mit Vorflur, Abort, Bodenstamm besteht. Die Kosten ergeben nach Berliner Preisen für die halbe Baracke von 10:15 8800 M., hinzu kommt die Inneneinrichtung mit 17 200 M., so daß eine fertige Baracke mit vier Zweizimmerwohnungen 25 000 M. d. h. für jede Zweizimmerwohnung 6500 M. kostet.

g. Versorgungssamt 7. Armeekorps. Von seiten des stellvert. Generalkommandos 7. Armeekorps geht uns folgendes zu: Mit der Errichtung des Versorgungssamts 7. Armeekorps in Münster hat die bisherige Tätigkeit des stellvert. Generalkommandos und der stellvert. Intendantur VII. A. R. in Bezug auf das Versorgungs-, Unterstützungs- und Versorgungswesen aufgehört. Es ist daher zwecklos, Gesuche dieser Art noch an diese Stellen zu richten. Auch ist es nicht ratsam, mit Gesuchen und Anträgen sich unmittelbar an das Versorgungsamt zu wenden, denn beim Versorgungsamt unmittelbar eingehende Anträge erhalten die Antragsteller entweder zurück mit dem Hinweis, sich an die zuständige Stelle zu wenden, oder sie würden zunächst zwecks Prüfung den zuständigen Bezirkskommandos pp. zugeleitet werden. Es kann daher im Interesse einer schnelleren Erledigung der Gesuche nur dringend geraten werden, daß sich die aus dem Militärdienst entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften mit etwaigen Anträgen stets mündlich oder schriftlich an den zuständigen Bezirksfeldwebel oder an die amtliche bürgerliche Kriegsbeschädigten-Fürsorgestelle und die Hinterbliebenen an die örtliche Hinterbliebenen-Fürsorgestelle wenden.

g. Handelslehranstalt. Einem Konferenzbeschluss zufolge und auf Anregung der vorgelegten Behörden soll auch in diesem Jahre von den Schülerausflügen nicht Abstand genommen werden; gehören doch diese Wanderungen schon seit vielen Jahren zu den schönsten Freudenstagen im Schulleben und bilden für die meisten Teilnehmer eine angenehme Erinnerung bis ins späteste Alter hinein. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten im Verkehr und in der Verpflegung sollen die Wanderungen in diesem Jahre auf einen Tag und auf die engere Heimat beschränkt werden, um die Bahnen nicht unnötig zu belasten. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Lehrherren auch in diesem Jahre ihren Lehrlingen die Teilnahme am Ausfluge möglichst machen. Genaueres über die Ausflüge wird noch bekannt gegeben.

g. Der landwirtschaftliche Kreisverein hielt am letzten Sonnabend unter dem Voritze des Landrats v. Borries eine aus allen Bezirken des Kreises auf

berufte Generalversammlung im Hotel Vereinstaus ab. Dem ersten Redner, Herrn Justizinspektor Schraeder, war die Aufgabe gestellt, zu zeigen: Was ist angesichts der heutigen Lage zur Förderung der Rindviehzucht zu tun? Er zeigte zunächst die Ursachen des Niederganges in der Rindviehzucht, als das sind: Ablieferung an Schlachtstätten (Westfalen muß allein von Vierteljahr zu Vierteljahr 5200 Stück Rindvieh liefern) und die Futtermittel. Seit Oktober des letzten Jahres ist bedenklich in den Friedensbestand eingegriffen und schnell geht es bergab, wenn nicht Gegenmaßnahmen getroffen werden. Zur Förderung wurden nun folgende Mittel angegeben: Aufzucht von möglichst viel Jungvieh, Schonung der jungen Bestände bei der Ablieferung von Schlachttieren, Aufhebung der Verkehrshemmnisse bei der Zucht- und Kupfzucht, Zusammenschluß der Landwirte zu Zuchtvereinen und Zuchtgenossenschaften, Einführung guter Väterei, Anlage von Sommer- und Winterweiden, Anbau von Futtertrütern und Hackfrüchten, Verwertung sämtlicher Abfälle und Reformierung des Ausstellungswezens. Zur Hebung der Rindviehzucht stellt der Viehwirtschaftsverband im Verein mit der Landwirtschaftskammer große Unterstufungen in Aussicht, so sind im letzten Jahre an die Zuchtgenossenschaften 45 000 M. gezahlt, die auch für dieses Jahr wiederum in Aussicht genommen sind. An diese Ausführungen schloß sich eine ausgedehnte und fruchtbringende Aussprache, die in folgendem Beschlusse gipfelte:

1. Der Kreisverein kauft im Herbst auf dem Zuchtviehmarkt in Dortmund etwa 10 Bullen und versteigert sie hier im Kreise. 2. Der Kreisverein empfiehlt, daß Rindviehzuchtgenossenschaften in möglichst großer Zahl gegründet werden, die Beihilfen zur Bullenhaltung von 300—500 M. erhalten. Meldungen sind an den Kreisverein zu richten. Mit der Ausführung des ersten Beschlusses wurden die Herren Büttner aus Gut Wülfenburg, Hoberg aus Balldorf und Meyer zu Siederbüsch-Overdissen beauftragt. Es folgte dann ein kurzer Vortrag des Vorsitzenden über: Bargeldlosen Zahlungsverkehr und die Landwirtschaft. Die Ausführungen deden sich mit den Ausführungen in der Freitagssitzung unserer Zeitung. Im Anschluß an diese ersten Ausführungen wurde denn folgender Beschlusse einstimmig angenommen:

Der landwirtschaftliche Kreisverein bittet die Landwirte, Mitglieder und Nichtmitglieder von der bargeldlosen Zahlungsweise ausgedehnten Gebrauch zu machen und dafür zu werben im vaterländischen Interesse und zum Vorteil des Einzelnen.

Herr Professor Dr. Neumann berichtete dann über die Notwendigkeit der Gewinnung von Laubheu, die bisher von vielen Landwirten als Spielerei angesehen worden oder doch wenigstens nicht ernst genommen sei. Vom Kriegswirtschaftsamt in Münster war ein Aufklärungstag in Umma veranstaltet worden, an dem von hier der Berichterstatter, Herr Heint. Dallmann-Overdissen und Vornwert-Westerenger teilgenommen hatten. Die Heeresverwaltung verlangt aus den deutschen Wäldungen 10 Millionen Doppelzentner Laubheu, aus dem Laubheutuchen hergestellt werden sollen. Nachdem die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser Maßnahme eingehend besprochen war, nahm die Versammlung folgende Entschiedenheit einstimmig an:

Die Vieleselder Stadtverordneten stimmten sich mit Erfolg gegen die Maßnahme und erreichten durch Entsendung einer Deputation nach Berlin, daß Vieleseld sich aus seiner Nachbarschaft verheben konnte, jedenfalls ohne die Eisenbahn in erheblichem Umfange in Anspruch zu nehmen. Herford blieb neben geringen Bezügen aus der Feldmark und dem Landkreise auf die entfernten Bezirke angewiesen. So rollen denn Hunderte von Waggons aus dem Süden und Osten nach Herford, während 1000 und mehr aus Lippe den entgegengesetzten Weg führen. Herford hatte seinen Bedarf wie früher größtenteils mit Gespannen heransführen lassen können, hatte dabei größere Gewinne, gute und billige Kartoffeln zu bekommen; denn das mehrfache Umladen beeinflusst nicht nur ihre Güte und Haltbarkeit, sondern auch den Preis. Während die Bewohner in Salzuflen und Wolfo den Zentner Kartoffeln zu rd. 5.40 M. im Keller haben konnten, hatten die von Herford für Anstalten, vor allem für den Transport, etwa 2 M. mehr zu zahlen. Da die Anstalten in Wirklichkeit noch höher waren, so erhob die Stadt zum Ausgleich bei den aus der Feldmark und dem Landkreis Herford bezogenen Kartoffeln ein Aufgeld von 1.50 M. für den Zentner.

Die hier ausführlicher vorgeschriebene Versorgungsregelung wird in gleicher oder ähnlicher Weise für viele Mittelstädte zutreffen, die auch ihren Bedarf aus der Eisenbahn decken konnten. Ein durchschlagender Grund wird für diese die Verkehrsmittel und den Verbraucher umständlicher Weise belastende Regelung, wofür nicht die beteiligten Gemeinden, sondern die Reichsstelle verantwortlich ist, nicht angeführt werden können. Sache unserer Volksvertreter dürfte es sein, diese Art der Bewirtschaftung und Verkehrsregelung nachzuprüfen und für die kommende Versorgungszeit durchschlagende Verbesserungen zu beantragen. Bei dem Güterverkehr und rückwärts bei dem gesamten Eisenbahnverkehr würde damit eine nicht unbedeutende Entlastung eintreten, vor allem auch bei der Kohlenversorgung.

Der Landw. Kreisverein hat sich überzeugt, daß die Sammlung von Laubheu in größtem Umfange durchgeführt werden muß, damit die Heeresmacht schlagfertig bleibt und spricht: die Erwartung aus, daß die Waldbesitzer die Wäldungen zu einer sachgemäßen Ernte freigeben.

Für den Zentner Laubheu werden gezahlt: grün 4 M., trocken 18 M. und zwar vom Kornhaufe in Herford, Laubheiß wird hier nicht angenommen. Die Sammlung von Laubheu ist in erster Linie Arbeit für unsere Jugend und Schüler, die dafür die Unterrichtszeit in ausgedehntester Weise benutzen sollen. — Für die Spende der wirtschaftlichen Interessenvertretungen und ihrer Mitglieder in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk für die Kämpfer im Felde bewilligte die Versammlung einstimmig 500 M. Herr Vorsitzender Detring stellte dann einen Antrag, zur Förderung des Lesesaalbaues, allen Velmühen des Kreises den Weiterbetrieb zu gestatten und Neuanlagen nicht hindernd in den Weg zu treten. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme und der Vorsitzende versprach, diesen Antrag zu unterstützen und an die zuständige Stelle weiterzugeben. Zum Schluß macht dann der Vorsitzende noch die überraschende Mitteilung, daß vom Kreise

nach 11334 Zentner Kartoffeln geliefert werden müßten. Anfanglich seien es bei einer Versorgungsperiode bis zum 15. Juli über 22 000 Zentner gewesen. Jetzt sei die Versorgungsperiode bis zum 1. August verlängert und damit das Lieferungsloß auf die Hälfte heruntergesetzt. Einen Erfolg versprach sich die Versammlung nur von dem Wege der Umlage.

p. Polizeibericht. In der Zeit vom 16. bis 22. Juni wurden 6 Personen festgenommen, davon wegen Schleihhandels 1, Beilegung eines amtlichen Titels 1 und 4 Militärpersonen.

Ant Eger.

e. Herringhausen, 23. Juni. Dem Ers.-Reserv. Friedrich Meier von hier Nr. 82, bei der 4. Komp. Landw.-Inf.-Regt. 60, wurde das Eisene Kreuz 2. Klasse verliehen. Möge ihm eine frohe Heimkehr beschieden sein.

Stadt Bünde.

Bünde, 22. Juni. Kurt Horwitz im Feld- Artl.-Regt. 104, Sohn des Herrn Sally Horwitz hiersebst, hat das Eisene Kreuz 1. Klasse erhalten.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Dortmund, 23. Juni. Von den in Dortmund angeforderten 6000 Männeranzügen sind bis jetzt 1500 abgeliefert worden. Eine Versammlung städtischer Deputierten in Berlin hat scharfe Kritik an den Maßnahmen der Reichsbekleidungsstelle geübt und sie als ungeeignet und unvollständig gekennzeichnet. Sie stellten sich dabei auf den Standpunkt, daß von einer zwangsweisen Abgabe abzu- sehen sei. Es wird indes befürchtet, daß eine Bundesratsverordnung kommt, die die zwangsweise Abgabe gesetzlich regelt.

Barmen, 22. Juni. Große Einbruchsdiebstähle sind bei einer hiesigen Expeditionsfirma ausgeführt worden.

wobei den Dieben für 80 000 Mark Kesselstöße, die für die Heeresverwaltung bestimmt waren, in die Hände fielen. 11 Personen sind bis jetzt ermittelt worden. Ein Teil der gestohlenen Waren für etwa 50 000 Mark ist bei einer Dortmunder Firma beschlagnahmt worden.

Reddinghausen, 20. Juni. Wegen Schleihhandels in größerem Umfange wurde der Eisenbahnschaffner Gerhard Janßen festgenommen. In seiner Wohnung wurden u. a. beschlagnahmt: 18 Paar Schuhe, 8 Pfund Butter, 198 Tüten Bräutchenbrot, 11 Stück Seife, 6 1/2 Pfund Tabak, 26 Stück Kiemer, 11 Stück Gummihandschuhe, 1 Stück Oberleder. Janßen will die Kiemer, die aufscheinend in Eisenbahnabteilen abgehängt sind, von einem Unbekannten gekauft haben.

Bocholt, 20. Juni. Der vereinte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilte den 24-jährigen Maschinenflosser Max Messing aus Bocholt wegen Verrates militärischer Geheimnisse und versuchten Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von 1 Jahr Untersuchungsgehalt. Der Angeklagte hatte Gelegenheit, von Mannschaften der „Möbe“, die die berühmte Fahrt des Schiffes mitgemacht hatten, verschiedenes, was im Interesse der Landesverteidigung unbedingt geheim zu halten war, sowie Näheres über die zukünftige Bestimmung der „Möbe“ zu erfahren. Die so erworbenen Kenntnisse vertiet er nach seiner Entlassung vom Militärdienst in Holland an Agenten eines feindlichen Spionagenbüros. Da der Angeklagte geistig für nicht ganz vollwertig erklärt wurde, wurde die Sache vom Gericht milde angesehen.

Erlangen, 22. Juni. Der kürzlich verstorbene Kunstaufsichtsbefehl Martin Branner hat der Universität testamentarisch 300 000 M. vermacht, deren Zinsen als Auszeichnung für Entdeckungen auf dem Gebiet der Krebskrankheiten verwendet werden sollen.

Schwindel einer Hochstaplerin.

Eine Hochstaplerin, die seit Jahren in Berlin die „große Dame“ spielte, wurde jetzt entlarvt und festgenommen. Eine Zeitung nach Ausbruch des Krieges tauchte hier eine „Ruffin“ auf, die unter dem Namen „Oceana v. Oparsch“ in der Eichenauer Straße Wohnung nahm, sich mit russischen Papieren auswies und anmeldete und auch pünktlich den Vorschriften für Ausländer nachkam. Die Dame, die der Polizei keinen Anlaß zu Klagen gab, spielte bald in gut gestellten Kreisen eine große Rolle. Die „Ruffin“, die nach ihren Papieren in Petersburg geboren und 20 Jahre alt war, hatte nach russischen Grundbüchern in der Heimat große Besitzungen und verfügte auch über Kreditpapiere, die auf 3 bis 4 Millionen lauteten. Auf Grund ihres Namens und ihrer Papiere fand sie Kredit nach Belieben in den ersten Geschäften, bei mehreren Banken und auch in Pensionaten und Hotels im Westen der Stadt. Privatanklagen bei ihren Bekannten ergänzten diesen ausgedehnten Geschäftskredit. Alles dieses ermöglichte dem Fräulein v. Oparsch, auf großem Fuße zu leben. Jetzt wollte sie den Schauplatz ihrer Tätigkeit nach Riffingen verlegen. Auf dem Bahnhof in Järlenberg in Westfalen, wo sie Station gemacht hatte, erwachte sie ein Berliner Geheimagent und brachte sie nach Charlottenburg in das Amtsgefängnis. Die reiche Ruffin entpuppte sich als eine mittellose, 20 Jahre alte Erna Preis aus Ruffin. Was sie den Geschäften, Banken und Bekannten abgeschwindelt hat, zählt nach Tausenden. Ihre Kreditpapiere, die ursprünglich auf kleine Summen lauteten, dann aber völlig wertlos waren, hatte sie auf Millionen gefälscht.

Zudendorffspende in Butareff.

Der von den deutschen Militärbehörden im Butareff Gismigiu-Park veranstaltete Operier für die Zudendorff-Spende ergab einen Reinertrag von über 100 000 Lei.

unserer übrigen Bezugshinverfahren ähnlichen Fahrberechtigungsscheins zu umständlich und daher nicht durchführbar ist. Ein großer Teil der zeitigen Schwierigkeiten und Hemmnissen unseres Eisenbahnverkehrs würde damit beseitigt werden können und den Eisenbahnen die Erfüllung ihrer überaus wichtigen Mitarbeit zur Erreichung des siegreichen Kriegsendes erleichtern.

Ob nach dem Kriege, der auf allen Gebieten unser Lehrmeister geworden ist, die alte Ordnung in der Einteilung der Züge und Wagenklassen beibehalten werden kann, erscheint sehr fraglich. Bei den Personenzügen hat man schon jetzt vielfach die erste Wagenklasse weglassen lassen. In Belgien kannte man vor dem Kriege bei den meisten Zügen nur die zweite und dritte Wagenklasse. Eine Vereinfachung u. Vereinfachung unseres Verkehrswezens wird gegenüber einer dauernden Betriebsverteuerung eine nicht unbedeutende Ersparnis und Entlastung bedeuten, aber auch aus Gründen allgemeinerer Art, vor allem sozialen, zu erstreben sein. Eine merkliche und dauernde Entlastung des Bahnverkehrs wird allerdings erst eintreten, wenn es möglich ist, die Massengüter mehr als bisher auf dem Wasserwege zu befördern. Die Nachteile der Nichtweiterführung des Mittellandkanals bis zur Elbe, das Fehlen leistungsfähiger Verbindungen von der Donau nach dem nördlichen Deutschland sind während des Krieges besonders zutage getreten und haben die Bedeutung eines großzügigen Ausbaues unsers Kanalnetzes auch den Kreisen nahegebracht, die sich bisher ablehnend und hemmend verhielten.

Eine enge wirtschaftliche Verbindung Mitteleuropas, deren Verwirklichung im eigenen Interesse der beteiligten Staaten liegt, sich aber auch einem etwaigen Wirtschaftskriege unserer Feinde gegenüber als notwendig erweisen kann, muß auch eine Verbesserung unserer Verkehrswege über unsere Grenzen hinaus im Gefolge bzw. als Voraussetzung haben.

maßnahme allgemein durchgeführt, wird dagegen unwirksam einzuwenden sein, als unsere Anlauber, von Ausnahmen abgesehen, von der Benutzung der D-Züge bis auf 300 Km. Entfernung ausgeschlossen sind, anderenfalls sie selbst den vollen Betrag entrichten müssen. Erscheint eine Sperrung der D-Züge für den Nahverkehr nicht angebracht, so kann hier eine Verdoppelung der Schnellzugszuschläge in Erwägung gezogen werden, nicht aber der Fahrpreise, da diese Maßregel wiederum den Fernverkehr, dem die D-Züge doch dienen sollen, belasten würde.

Die zum Ausgleich der Betriebsverteuerung am 1. April in Kraft getretenen erhöhten Tarife für die Personen- und Gepäckbeförderung bringen für den Nahverkehr die größten Steigerungen, die bei den Personenzügen bis zu 23 %, bei den Schnellzügen bis zu 46 % betragen. Bei den Schnellzügen ist an Stelle der Verdoppelung der Fahrpreise eine Ergänzungsgebühr getreten, die von der ersten wesentlich nicht abweicht. Das als vorübergehend in Aussicht gestellte Mittel zur Entlastung der Schnellzüge scheint für die Reisenden eine dauernde Belastung werden zu sollen, die sich besonders für die minderbemittelten Bevölkerungskreise weiterhin als untragbar herausstellen muß. In Rücksicht auf diese Kreise ist es dringend geboten, die Ergänzungsgebühr für die Schnellzüge bald wieder aufzuheben, ferner die früheren Gültige, die man den D-Zügen zugelegt hat, in beschleunigte Personenzüge umzuwandeln. Den Anlaubern, denen auf vielen Strecken allerdings die schnellfahrenden Anlauberzüge zur Verfügung stehen, sollte allgemein die Benutzung der Schnellzüge bei einer weit geringeren Kilometerzahl gebilligt werden.

Vor den Kriegsnöwendigkeiten müssen, wie schon einleitend hervorgehoben wurde, weitergehende Wünsche der Reisenden zurücktreten. Andererseits ist es wünschenswert, den öfteren und eindringlichen Mahnungen der Eisenbahnverwaltung, unnötige Reisen während der Kriegszeit zu unterlassen, mehr Gehör und Beachtung zu schenken. Es ist bedauerlich, daß die Ausstellung eines

Gerste und Bier.

Von Ferdinand Hoff,

Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses.

In der Sitzung der Ernährungskommission des Reichstages vom 21. Juni wurde die Gerstenbewirtschaftung des abgelaufenen Erntejahres einer eingehenden Erörterung unterzogen. Von einem Vertreter des Kriegsernährungsamtes wurden genaue Mitteilungen über die Erfassung und Verwendung der Gerste gemacht, die auch in weiteren Kreisen Interesse finden werden.

Durch die öffentliche Hand sind im abgelaufenen Erntejahr 950 000 Tonnen Gerste erfasst worden, während die Reichsgerstenstelle im vorigen Jahre rund 1 Million Tonnen erfasst hatte. Bei dem Vergleich dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß in dem abgelaufenen Erntejahr die ganze Gerstenernte beschlagnahmt worden ist, während im Jahre vorher den Erzeugern vierzig Prozent, mindestens aber 10 Doppelzentner belassen waren. Zieht man dies in Betracht, so wird man anerkennen müssen, daß die Reichsgerstenstelle im vorigen Jahre ihre Arbeit ausgezeichnet gemacht hat. Das wird auch dann anerkannt werden müssen, wenn man bedenkt, daß die Ernte 1916 erheblich günstiger war, als 1917. Auch bezüglich der Belieferung der Industrie hatte die Reichsgerstenstelle zur vollen Zufriedenheit gearbeitet, während jetzt, wie auch vom Kriegsernährungsamt zugegeben wurde, vom Brauereigewerbe nicht unerhebliche Klagen über die Qualität der gelieferten Gerste vorgebracht werden. Es ist daher zum mindesten zweifelhaft, ob es nicht richtiger gewesen wäre, dem im vorigen Jahre von der

Fortschrittlichen Volkspartei gestellten Antrag stattzugeben, die Gerstenbewirtschaftung einer besonderen Geschäftsabteilung der Reichsgerstenstelle zu übertragen. Leider wurde von dem Vertreter des Kriegsernährungsamtes mitgeteilt, daß auch im kommenden Jahre an der bisherigen Bewirtschaftung der Gerste festgehalten werden soll.

Die von der öffentlichen Hand erfasste Gerste ist in der Hauptfache in folgender Weise verwendet worden:

für Graupen u. Nahrungsmittel	300 000 Tonnen.
" Futtermittel	"
" Seeresfütter	200 000 "
" Brotbackung	150 000 "
" die Brauereien	150 000 "
" Raffee-Ertrag	70 000 "
" Preßhefe	40 000 "
" Spiritus	40 000 "

Von erheblichem Interesse für die Öffentlichkeit sind natürlich besonders die für die Brauereizwecke zur Verfügung gestellten Gerstenmengen. Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde auf die lebhaften und berechtigten Klagen hingewiesen, welche von der Norddeutschen Brauereivereinigung über die Belieferung mit Gerste im abgelaufenen Wirtschaftsjahr vorgebracht wurden. Zunächst mag bemerkt werden, daß von den rund 122 000 Tonnen, die überhaupt für Brauereizwecke zur Verfügung gestellt wurden, etwa 50 000 Tonnen für die Belieferung des Feldheeres mit Bier Verwendung fanden. Für die gesamte Zivilbevölkerung mit Einschluß der Rüstungsarbeiter wurden also 72 000 Tonnen verwendet. Bedenkt man nun, daß vor dem Kriege das Kontingent der Brauereien sich auf etwa 1 700 000 Tonnen belief, so bekommt man ein Bild davon, wie stark in der Tat

die Einschränkung gerade auf dem Gebiet des Bierverbrauchs gewesen ist.

Nach dem Wirtschaftsplan des vorigen Jahres war vorgesehen, daß die norddeutschen Brauereien und die holländischen Brauereien mit zehn Prozent, die bayerischen dagegen mit fünfzehn Prozent ihres Friedenskontingents beliefert werden sollten. In diesen Ziffern kam bereits zum Ausdruck, daß Bayern wegen seiner großen Brauindustrie und wegen der Gewohnheiten der Bevölkerung in der Gerstenbelieferung erheblich bevorzugt wurde. Hiergegen wurden auch seitens der norddeutschen Brauereien Bedenken an sich nicht erhoben. In der Praxis aber hat diese Bevorzugung Bayerns einen Grad angenommen, der als berechtigt nicht mehr anerkannt werden kann. Nach dem im vorigen Jahre aufgestellten Wirtschaftsplan sollten nämlich die norddeutschen Brauereien zehn Prozent ihres Kontingents, d. h. 120 000 Tonnen erhalten, während die Zuweisung für Bayern 15 Prozent, d. h. 66 000 Tonnen betragen sollte. Tatsächlich erhalten aber hat Bayern 62 000 Tonnen, d. h. reichlich 14 Prozent des Friedenskontingents, während auf ganz Deutschland außer Bayern nur 60 000 Tonnen, d. h. fünf Prozent des Friedenskontingents entfallen sind. Das ursprünglich vom Bundesrat festgestellte Verhältnis in der Belieferung zwischen Bayern und dem übrigen Deutschland von zwei zu drei. Dagegen sind mit Recht von der Norddeutschen Brauereivereinigung lebhaft Klagen erhoben worden, und diese wurden im Grunde auch von der großen Mehrheit der Kommission sowohl, wie von der Regierung als berechtigt anerkannt. Ausgeführt wurde, daß natürlich die Volksernährung an erster Stelle stehen müsse und daß daher die Brauereien sich eine Einschränkung ihrer Produktion unter allen

Umständen gefallen lassen müßten. Mit Rücksicht auf die Lage wurde von der Fortschrittlichen Partei hervorgehoben, daß, falls eine Einschränkung notwendig sei, diese gleichmäßig über Deutschland erfolgen müsse.

Aus der Kommission heraus wurde angegeben, daß Bier nur gegen Brombeeren abgegeben werden dürfe. Von dem Unterstaatssekretär Müller wurde demgegenüber ausgeführt, daß diese Frage eingehend im Kriegsernährungsamt geprüft sei, man aber zu dem Ergebnis gekommen sei, daß eine Abgabe von Bier gegen Brombeeren nicht durchführbar sei. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß in der Brauerei auch nicht annähernd der gesamte Rohwert der Gerste Verwendung findet. Rückstände stellen vielmehr ein außerordentlich wichtiges und besonders für die Mälzerei wertvolles Futtermittel dar, das in seinem Wert nur wenig hinter der Gerste zurücksteht. Solange man daher überhaupt Körner für Futtermittel zur Verfügung stellt, ist der Verlust, den die Volksernährung durch die Vernichtung geringe Gerstenmengen erleidet, nicht allzu hoch anzuschlagen.

Was die Bewirtschaftung der Gerste für das nächste Jahr anlangt, so wurde vom Kriegsernährungsamt darauf hingewiesen, daß darüber ein Plan nicht vorliege. Dieser könne vielmehr erst aufgestellt werden, wenn eine Uebersicht nicht über die Gersten, sondern über die gesamte Getreideernte vorliege, da nur dann sich einwandfrei überlegen lasse, ob und wieviel Gerste im nächsten Jahre die Brauereizwecke zur Verfügung gestellt werden könne.

Verantwortlich für den Text- und Infertat: Fr. Rühle, Herford.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verfügung des stellv. General-Kommandos vom 30. April 1918 wird hiermit für den Stadtkreis Herford bis einschließlich 1. Juli d. Js. angeordnet, daß Tauben, die im Freien und besonders in den Gärten und Wäldern betroffen werden, Gegenstand des freien Tierfanges sind. Die Besitzer von Tauben werden deshalb hiermit aufgefordert, die Tauben einzusperren.

Verboden ist jedoch das Abschleichen von Tauben aller Art. Dies gilt auch für die Zeit der Sperre, bezieht sich auch auf das Abschleichen von Tauben auf den eigenen Grundstücken oder seitens der Jagdberechtigten innerhalb seines Jagdbezirkes.

Herford, den 20. Juni 1918.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der bevorstehenden Erntezeit wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Lohndreschereibetrieb innerhalb des geschlossenen bebauten Teiles der Stadt Eger aus Verkehrs- und feuerpolizeilichen Gründen nicht gestattet und daher auch nicht geduldet wird.

Zur Regelung des Lohndreschereibetriebes auf dem Flecker'schen Sägewerk sind aus feuer- und verkehrspolizeilichen Gründen folgende Anordnungen rechtskräftig erlassen worden:

1. Während des Betriebes der Lohndrescherei sowie während der Arbeitspausen dürfen auf dem Sägewerksgelände nicht mehr als 4 beladene Erntewagen zu gleicher Zeit stehen. Diese Wagen müssen unter sich von einander mindestens 5 Meter Abstand halten.

2. Erntewagen, sowohl beladene als unbeladene, welche aus Eger zu der Flecker'schen Lohndrescherei nach dem Sägewerk gefahren werden, dürfen einem Uebereinkommen mit Herrn Flecker entsprechend auf der Kreisstraße von der Wirtschaft Bedmann bis zum Flecker'schen Werke auf der linken Seite, von Eger aus gerechnet, nur so aufgestellt werden, daß die Zugänge zu den Häusern und zu der einmündenden Königstraße frei sind.

3. Nachts über dürfen beladene und unbeladene Erntewagen weder auf der obengenannten Kreisstraße noch auf der Opferfeldstraße stehen bleiben. Die Abfuhr der Erntewagen vom Dreschplatz hat ohne Aufenthalt auf der Kreisstraße zu erfolgen.

Zu widerstandungen gegen diese Anordnungen sowie gegen die von den Aufsichtsbeamten getroffenen Bestimmungen ziehen Strafen auf Grund der zutrefflichen Vorschriften zum Hausgeldtarif, des Reichsstraf-Gesetz-Buches sowie der Straßen-Polizei-Verordnung von Eger nach sich.

Es liegt im Interesse der Beteiligten, den vorstehenden Anordnungen sowie den Weisungen der Polizei- und Hausgeldbeamten nachzukommen, damit der Dreschereibetrieb ohne Störung des Verkehrs und ohne Erhöhung der Feuergefahr erfolgen kann.

Eger, den 20. Juni 1918.

Die Polizei-Verwaltung.

Sichttage in Eger.

Für die Stadt Eger und die Landgemeinden Belsch-Steinbeck, Besenbühl, Dreyen, Herringhausen, Oldinghausen, Pödinghausen, Siele u. Westering werden im Saale der Pörtner'schen Gastwirtschaft in Eger folgende Sichttage abgehalten: am 9., 10., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 26., 27., 28. August 1918.

Zur Einlieferung ihrer Maß- und Wiegegeräte im gehörig gereinigtem Zustande an den Sichttagen sind verpflichtet, die Gewerbetreibenden, die Landwirte, sobald sie beim Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte die Ergebnisse von Maß- u. Wiegegeräten einer Preisbestimmung zu Grunde legen, die Konsumvereine, auch wenn sie nur an Mitglieder Waren abgeben, und schließlich die Großhandlungen und Fabrikbetriebe, wenn Maß- oder Wiegegeräte entweder zur Preis- oder Arbeitslohnberechnung Verwendung finden.

Die Maß- und Wiegegeräte sind an den einzelnen Tagen hinsichtlich in der Morgenstunde, bis 10 Uhr, einzuliefern.

Die Einziehung der Sichtgebühren erfolgt nachträglich.

Eger, den 18. Juni 1918.

Der Amtmann.

Wochennachricht.

für die Woche vom 23. bis 29. Juni 1918.

1. Fett: Auf Abschnitt 2, 3 und 4 der Fettkarte je 30 Gr. auf Abschnitt 1 10 Gr. Butter (Abschnitt 4 für Fettstoffverfälschung, Rüstungs- und Schwerarbeiter).

2. Mager- oder Buttermilch: Auf sieben Mager- oder Buttermilchabschnitte der Fettkarte je ¼ Liter Mager- oder Buttermilch.

3. Eier: Auf den Abschnitt der Eierkarte 23, 6. bis 29, 6. ein Ei.

4. Fleisch: a) Vollkorn: 1) auf je zehn Abschnitte 150 Gramm Fleisch, sowie 2) 25 Gr. Blut- oder Leberwurst zum Preise von 1.30 A für 1 Pfund (ab Bezirksfleischstelle an die Fleischer 1.—A).

Zugaben für Rüstungsarbeiter 100 Gr. für Schwerarbeiter 150 Gr. (auf besondere Anträge).

b) Kinderkarte: 1) auf fünf Abschnitte 75 Gr. Fleisch, sowie 2) 25 Gr. Blut- oder Leberwurst.

5. Geflügel: Auf einen Abschnitt der Fettkarte 23, 6. bis 29, 6. 1918, 150 Gr. Geflügelstücken bei den Bezirksstellen.

6. Fremden-Nahrungsmittelkarte: a) auf Abschnitt 1 75 Gr. Grieß oder Leinwand, b) auf Abschnitt 2 75 Gr. Graupen in den Bezirksstellen.

7. Süßholz: Auf Abschnitt 6 47 der Nahrungsmittelkarte 2 Briefchen in den Bezirksstellen (für Monat Juni).

8. Raffee-Ertrag: Auf Einführungsabschnitt 6 42 der Nahrungsmittelkarte 250 Gr. entweder aus Getreide oder Malz oder andere Raffee-Ertragmittel zu den bekanntgegebenen Preisen in sämtlichen Kleinhandlungen (für Monat Juni).

Herford, den 22. Juni 1918.

Städtische Wirtschaftsgemeinschaft.

Kolonialwaren.

(Verkauf auf Kundenliste.)

In den Geschäften kann von Donnerstag, den 27. d. Mts., ab auf Warenmarken 26 ¼ Pfd. Grieß und ¼ Pfd. Graupen und auf Warenmarken 37 1 Pfund Zucker gekauft werden.

Die Warenmarken müssen bis zum 4. Juli d. Js. eingelöst sein. Die Geschäfte haben die Marken bis zum 6. Juli d. Js. im Rathaus, Zimmer 103, abzuliefern.

Herford, den 24. Juni 1918.

Der Magistrat.

Drucksachen.

für den Privat- u. Geschäftsbereich liefert Fr. Rühle.

Haustnecht.

(Kriegsbesch. wird bevorzugt.)
H. Alingh, Möbelabf.

Städtischer Käseverkauf.

In der Turnhalle am Wilhelmplatz werden gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte auf Verlangen

je ¼ Pfd. Spezialkäse zu 0,65 A und 60 Gr. Rohkäse zu 0,25 A in nachstehender Reihenfolge abgegeben:

Am Dienstag, den 25. Juni 1918, vormittags von 8—9 Uhr an die Inhaber Lebensmittelkarten Nr. 1—685, von 9—10 Uhr Nr. 686—1484, von 10—11 Uhr Nr. 1485—2133, von 11—12 Uhr Nr. 2133—2852, von 12—1 Uhr Nr. 2853—3533, nachm. von 3—4 Uhr Nr. 3534 bis 4216, von 4—5 Uhr Nr. 4217—4864, von 5—6 Uhr Nr. 4865—5503.

Am Mittwoch, den 26. Juni 1918, vormittags von 8—9 Uhr an die Inhaber Lebensmittelkarten Nr. 5504—6036, von 9—10 Uhr Nr. 6037—6608, von 10—11 Uhr Nr. 6609—7221, von 11—12 Uhr Nr. 7221—7970, von 12—1 Uhr Nr. 7971—8542, nachm. von 3—4 Uhr Nr. 8543 bis 9108, von 4—5 Uhr Nr. 9109—9720, von 5—6 Uhr Nr. 9721—10 586.

Gefäße für den Rohkäse sind mitzubringen. Beim Kaufe ist die Lebensmittelkarte zur Eingabe vorzulegen. Eine Abfertigung außerhalb der vorgeschriebenen Reihenfolge findet nicht statt. Herford, den 22. Juni 1918.

Der Magistrat.

Wir suchen sofort größere **Lagerräume** zur Aufbewahrung von Papier. Herforder Zeitung für Stadt und Land. Fernsprecher 83.

Ein Wohnhaus.

zwei Etagen, schöne Lage, ist zu verkaufen. Näheres unter Nr. 8726 in der Geschäftsstelle d. Zeitung.

Haus.

wenn mögl. m. größerer Werkstatt oder Lageräumen, Garten oder Land, in Herford oder Kreis zu kaufen gesucht. Offerten mit Angabe der genauen Lage, evtl. Preis, Größe usw. unter Nr. 8739 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einem fast neuen Ederischen Schwingpflug.

(E. R. C. 3) hat billig abzugeben. Schmiedemstr. Wilmsmann, Hildeshausen.

Südeinrichtung.

mit oder ohne Sofa zu verkaufen. Besichtigung vormittags. Höckerstr. 8, 1. Etg.

Jagdhund.

Stichelhaar, Rüde d'braun erlaufen. Wiederbringer Preis. Pagenmarkt 10, Herford 510.

Altorn, Löwenmaul, Gageles, Begonien, Strohblumen-Pflanzen, sowie Fuchien u. Geranien für Blumenbeete, ferne Wirlings-, Kohnrabi- u. Salzpflanzen empfiehlt:

Herrn Becker, Gärtnerei, Hermannstr. 17.

Obst- und Gartenbauverein.

Die Mitglieder (Frauen und Herren) werden eingeladen. Besichtigung des Obstmuttergartens und Obstverwertungsamt am Mittwoch, 26. Juni, um 7 ½ Uhr, sich am Sonntag 5 Uhr oben im Garten zu finden.

Der Vorkant.

Wir bieten an Ehrenhafte geistige Arbeit durch erf. Schriftst. Näheres durch Horbach & Co.,

Lehrer sucht Landaufenthalt.

anpruchlos in der Provinz. Beträufliche l. mitgebr. evtl. auch Gegenleistung. Angeb. mit Preisangabe an Frau Rottmann, Dortmund, Hindenburgstr.

Südeinrichtung.

Suche zum 1. Juli kräftigen

Kellnerlehrling.

Franz Dietrich, Bahnhofstr. 10, Herford. Wegen Einberufung zuverlässiger

Kutscher.

ge sucht.

Karl Lucas.

ge sucht.

Ordentlicher Pa...

ge sucht.

Johann Heinr. West, Papierwarenfabrik.

Handelsregister des Königl. Amtsgerichts zu Herford.

In unser Handelsregister, Abteilung 1, ist unter Nr. 580 die Firma **H. Wilhelm Rohde** in Herford und als deren Inhaber der Zigarrenfabrikant Heinrich Wilhelm Rohde zu Herford, am 20. Juni 1918 eingetragen.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-Deutschlands bedeutendste Zeitung:

Das Hamburger Fremdenblatt

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten und Kupferstichdruck-Beilage Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis: monatlich M. 2.20, vierteljährlich M. 6.60

Probenummer kosten- und portofrei

Zeit über 150 000 Abonnenten

Altpapier!

Wir sind ständig Abnehmer von Altpapier jeder Art (Zeitungen, Zeitschriften, Prospekte, Schulbücher, Geschäftsbücher, Packmaterial, Kartonabfälle, benutzte Schreibhefte und Kladden usw.) Auf Wunsch erfolgt Abholung aus dem Hause.

Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Fernsprecher 83.